

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 18.12.2019, 11 Uhr



Bezirksrat Robert Schregle
Stv. Vorsitzender der AfD-Fraktion im Bezirkstag von Niederbayern

Rede anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2020
am Mittwoch, den 18. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Bezirksräte,

mittlerweile blicken wir von der AfD-Fraktion auf ein Jahr Zugehörigkeit zum XVI. Niederbayerischen Bezirkstag zurück und können als Fazit eindeutig feststellen, dass die Fülle der Aufgaben, welche der Bezirk Niederbayern zu bewältigen hat, organisatorisch und personell äußerst professionell und akribisch erledigt und letztlich hervorragend bewältigt wird.

Wir haben uns einen Überblick verschaffen können, weil wir unsere Niederbayerischen Bezirkskrankenhäuser und das Kulturreferat besuchten und dabei die Bedeutung dieser Häuser für die Region und auch überregional erkennen und letztlich begreifen konnten.

Besondere Erwähnung sei unsererseits der „Kreativabteilung Mainkofen“ zugestanden, welche im Bereich „Spezial-Behandlungen“, wie bei Schlaganfall-Patienten usw. besonders herausragende Arbeit leistet. Alleine darüber zu referieren würde eine einzige Veranstaltung zeitlich ausfüllen.

Einen Staat bzw. ein Staatswesen kann und muss man letztlich danach bewerten, wie dieser mit den „schwächsten Mitgliedern“ des Staates umgeht, nämlich den „behinderten Menschen“.

Der Bezirk Niederbayern leistet hier hervorragende Arbeit.

Die Organisationsform im Bezirk Niederbayern und die Umsetzung der Leistungen verdient letztlich nur eine Bewertung nämlich „hervorragend“.

Dem Personal des Bezirks werden täglich „Höchstleistungen“ abverlangt, was u.a. die Vorgänge in der „Kinder-Psychiatrie in Landshut“ klar und deutlich aufzeigten. Unser Fazit daraus, auch das „Beheben von Fehl-Entwicklungen“ oder „Fehlern allgemein“ wird akribisch und schonungslos in Sachen Ursachenforschung angegangen und in Richtung „Problemlösung“ sozusagen „auf Schiene gebracht“. Der Bezirkstag von Niederbayern fällte u.a. dazu am 19.11.19 weitreichende Beschlüsse.

Was „Kinder-Psychiatrie“ angeht, so erlaube ich mir auf eine aktuelle Berichterstattung zu verweisen, nämlich seitens des BLLV wurde auf das Problem der steigenden Zahl von Schülern mit „psychischen Problemen“ hingewiesen und entsprechend belegt. Diese „steigenden Zahlen“ spiegeln

sich bereits heute im Bezirk Niederbayern wieder, wenn man auf die „Wartezeiten“ bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen blickt. Am 05. Dez. wurde u.a. durch die Eröffnung einer Ambulanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Zwiesel eine „Versorgungslücke“ geschlossen (Zitat einer Veröffentlichung des Bezirkstagspräsidenten Dr. Olaf Heinrich im BR vom selben Tag).

Alle Leistungen und Aufgaben des Bezirks verschlingen „Unsummen an Steuergeldern“, deren Verwendung u.a. durch das Rechnungsprüfungsamt sehr akribisch kontrolliert und erfasst wird.

Es gab zurückliegend „kleinere Fehler“ bei „Beschaffungs-Ausschreibungen“, u.a. ging es da einmal um einen „Koch-Kessel“ u.a., welche allerdings insgesamt haushaltsmäßig nicht gravierend zum Tragen kamen und letztlich auch keine „Schädigung durch Fehlverhalten“ o.ä. darstellten.

Fazit unsererseits:

„Vertrauen“ ist der Anfang von allem – war einmal der Slogan einer namhaften großen Bank in Deutschland,
wir, die AfD-Fraktion greifen dieses Wort, nämlich „Vertrauen“ auf und werden passend zum Haushalt 2020 diesem das „Vertrauen“ schenken.

Wer finanziert den Haushalt 2020 des Bezirks Niederbayern?

Einfache Antwort: Alle in Niederbayern ansässigen Steuerzahler! Also auch Sie und ich usw.

Das sind eben nicht die 12 „Umlage-Beitragszahler“ – nein diese schöpfen aus den in Niederbayern erzielten Einkünften ab. Rund 30.000 Menschen sind in Niederbayern direkt in der Autoindustrie bzw. deren Zuliefer-Betrieben beschäftigt. BMW hat z.B. einen „einzigartigen Abhol-Dienst“ für seine Beschäftigten eingerichtet, so daß es in Niederbayern keine Gemeinde gibt, aus der keine „BMW-ler“ kommen. Stellen Sie sich mal vor, auf Grund des „Klima-Irrsinns“, der die Bundesregierung anscheinend „befallen“ hat, werden diese „sicheren existentiellen Arbeitsplätze“ zum Großteil wegfallen, weil ja „Elektro-Mobilität“ nicht so viele „Arbeitsgänge“ braucht? Der Anteil von Kohlendioxid in der Erdatmosphäre, für den die Bundesrepublik Deutschland „verantwortlich“ ist beträgt rund 1 Partikel von 2.000.000 Partikeln Luft – dafür wird die „Auto-Industrie“ sehenden Auges an die Wand gefahren! Ich nenne das „Politik-Irrsinn“ der in den Bezirk Niederbayern hineinreichen wird! „Klima-Paket“? Eher absolut „verantwortungslos“ und letztlich „gewissenlose“ Irrsinns geleitete Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung in Deutschland insgesamt!

Stellen Sie sich das mal vor, was dann in Niederbayern wegen dieses „Greta-Effekts“ (ich persönlich teile uneingeschränkt die Meinung des Brasilianischen Präsidenten, was Greta Thunberg betrifft!) und somit im Bezirk mit seinen „vielen besonders wichtigen Aufgaben“ los sein wird!

An dieser Stelle ein Zitat „frei nach Erich Sixt“ dem Gründer der „SIXT-Autovermietung“ u.a.: „Die Elektromobilität ist die größte politische Fehlentscheidung aller Zeiten...“.

Die 20% Bezirksumlage sind derzeit noch finanzierbar, ohne daß die Umlage-Beitragszahler an ihre finanziellen Grenzen gelangen – es ist jedoch bereits heute absehbar, daß diese „finanziellen Grenzen“ mit großer Wahrscheinlichkeit noch in dieser Wahlperiode schneller und „unliebsamer“ aufgezeigt werden, als das so manchem „Öko-Fundamentalisten“, die es leider auch in der CSU oder bei den Freien Wählern „in wachsender Anzahl“ gibt, derzeit bewusst ist.

Die AfD-Fraktion stimmt der Beibehaltung des Umlagesatzes von 20% derzeit noch zu, weil dieser noch gestemmt werden kann.

Für die „Nullzins-Politik der EZB“ können die Mitarbeiter und letztlich das Gremium des Bezirkstags von Niederbayern nichts, leider ist diese Situation was den „Schuldenstand“ oder „Rücklagen-Stand“ betrifft so hinzunehmen, weil es im Moment noch keine Lösung dafür gibt. Das betrifft auch die Pensionsleistungen u.a., welche der Bezirk zu stemmen hat.

Wofür der Bezirk Niederbayern ebenso „nichts“ kann – ist der seitens der Bayerischen Staatsregierung „diktierte“ Zustand im Zusammenhang mit den „unbegleiteten Jugendlichen“.

Hier sinken zwar die Ausgaben des Bezirks um veranschlagte 18,4 Mio. EUR, es bleiben aber immer noch voraussichtlich 11,6 Mio. EUR für den Bezirk hierfür zu stemmen und das, obwohl alle Bayerischen Bezirke einschl. des Bayerischen Bezirkstages dazu eine Resolution verabschiedeten, welche den Freistaat Bayern zur „vollständigen Übernahme Kosten junge Flüchtlinge“ (mein eigener Ausdruck für die Resolution) verpflichten sollte.

Herauskam, wie am 17.09.19 in der Bezirksausschuss-Sitzung so beschlossen, ein „Tages-Pauschalbetrag“, nämlich in Höhe von 40 EUR, den der Freistaat Bayern übernimmt, was dann letztlich zur „Kostensenkung“ für den Bezirk führen wird, aber nicht zur „vollständigen Kostenübernahme“ durch den Freistaat.

An dieser Stelle im Bezirkshaushalt müsste „demokratisch legitimiert“ nämlich eine „Schwarze Null“ stehen.

Das ist aber nicht so und wird von uns, der AfD-Fraktion so angeprangert! Vielleicht gab es auch exakt wegen diesem TOP 1.1. (Abschluss der Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern) der damaligen Bezirksausschuss-Sitzung vom 17.09.19, keine entsprechende Berichterstattung dazu in den Medien, weil die Bevölkerung Niederbayerns dann in der Lage gewesen wäre, zu erkennen, daß „Flüchtlingskosten“ mit „Haushalts-Tricks“ sozusagen „versteckt“ werden?

Der frühere Bundesinnenminister Thomas de Maiziere gab ein Buch mit dem Titel: „Regieren, Innenansichten der Politik“ heraus – in diesem Buch kann man u.a. nachlesen, dass auf „seinen (eigenmächtigen) Befehl“, die „Verfolgung der Straftat des illegalen Grenzübertritts“ sozusagen „ausgesetzt“ wurde. Er betrieb praktisch ganz offen Förderung „Strafvereitelung im Amt“ – ohne dass dieses Handeln bis heute „strafrechtliche Konsequenzen“ für ihn selbst hatte oder irgendwo überhaupt zu Ermittlungen geführt hätte. Das nennt man „Machtmissbrauch“, nichts weiter.

Passend zu diesem „Eingeständnis“ des früheren Bundesinnenministers urteilte das OLG Koblenz unter dem Aktenzeichen 13 UF 32/17 bereits im Februar 2017, dass an der Dt.-Österr. Grenze die „rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ defacto außer Kraft gesetzt wurde.

Die „UN-Kinderrechts-Konvention“ schützt eben nicht vor Zurückweisung und Abschiebung lt. diesem Gerichtsurteil.

Nichtsdestotrotz ist der Bezirk Niederbayern, wie alle anderen Bezirke auch seitens der „Bayerischen Staatsregierung“ gezwungen, diese „illegalen Handlungen der Bayer. Staatsregierung und Dt. Bundesregierung“ zu finanzieren, der Bezirk kann im Grunde nichts dagegen tun, außer wenigstens solche Vereinbarungen, wie in der

BZA-Sitzung vom 17.09.19 geschehen, zu treffen um diesen „illegalen Schaden“ wenigstens abzumildern,

nur die Bevölkerung wird darüber eben nicht informiert. Damit, nämlich mit der „Vertuschung vor der Bevölkerung“ sind wir als „AfD-Fraktion“ auf keinen Fall und letztlich niemals einverstanden!

Wir, die AfD-Fraktion sehen das, nämlich die „Information der Bevölkerung“ als eine unserer Hauptaufgaben, was seitens der „pol. Konkurrenz“ insbesondere der CSU natürlich „extrem gefürchtet“ ist.

Oder gibt es eine andere Erklärung dafür, warum der AfD-Fraktion der „drittstärksten Kraft“ im Niederbayerischen Bezirkstag die entsprechenden „Verbandsrats-Posten“ in den „Zweckverbänden“, an welchen der Bezirk Niederbayern beteiligt ist, sozusagen „undemokratisch“ verweigert wurden?

Vor der konstituierenden Sitzung des XVI. Niederbayerischen Bezirkstages erhielten wir über dieses „Absprache-Komplott“ gegen die AfD über unsere Landesgeschäftsstelle einen entsprechenden „anonymen Brief“ zugestellt.

Wir die AfD-Fraktion fordern deshalb die Neuverteilung der Aufsichtsräte zu den Verbandsgremien der Zweckverbände, an denen der Bezirk Niederbayern beteiligt ist, ab 01.01.2020. Nur so ist uns die „demokratisch legitimierte Teilhabe“ am „Betrieb des Bezirks“ vollständig möglich.

Sollte uns das weiterhin „vorsätzlich undemokratisch“ verweigert werden, sähen wir uns gezwungen den „Rechtsweg“, zuerst über die „Rechtsaufsicht nach Art. 92 der Bezirksordnung Bayern“, später möglicherweise auch gerichtlicher Art einzuschlagen.

Das kann man sich, wenn man den Wählerwillen „demokratisch legitim“ umsetzt, erwarten!

(Auf der Web-Seite des Bezirks steht eben auch „der Wählerwille“ explizit erwähnt – nur an der „Umsetzung“ mangelt es anscheinend?)

Die geschilderten „Flüchtlingskosten“ sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt als „verschwindend gering“ in der Höhe einzustufen und stellen für uns, die AfD-Fraktion, keinen Grund dar, dem Haushalt 2020 zu widersprechen.

Auch die Vorgehensweise in Sachen „Verbandsrats-Entsendung“ hält uns nicht davon ab,

dem Bezirkshaushalt 2020 in der vorgelegten Form die Zustimmung zu erteilen.